

BRD-Diensteanbieter – Garant für „Recht und Gesetz“ oder Werkzeug für die Vermögensabschöpfung

Ein Vertrag mit unseren Freunden in den Kollateralverwaltungen, und das sind sehr viele

Prolog:

Die Duale Wahlmöglichkeit, die so gut wie niemand kennt und die man unter der seit dem 30. Januar 1933 andauernden und nicht beendeten Faschismus bis heute kaum wahrnimmt.

Art 116 Grundgesetz

(1) Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat.

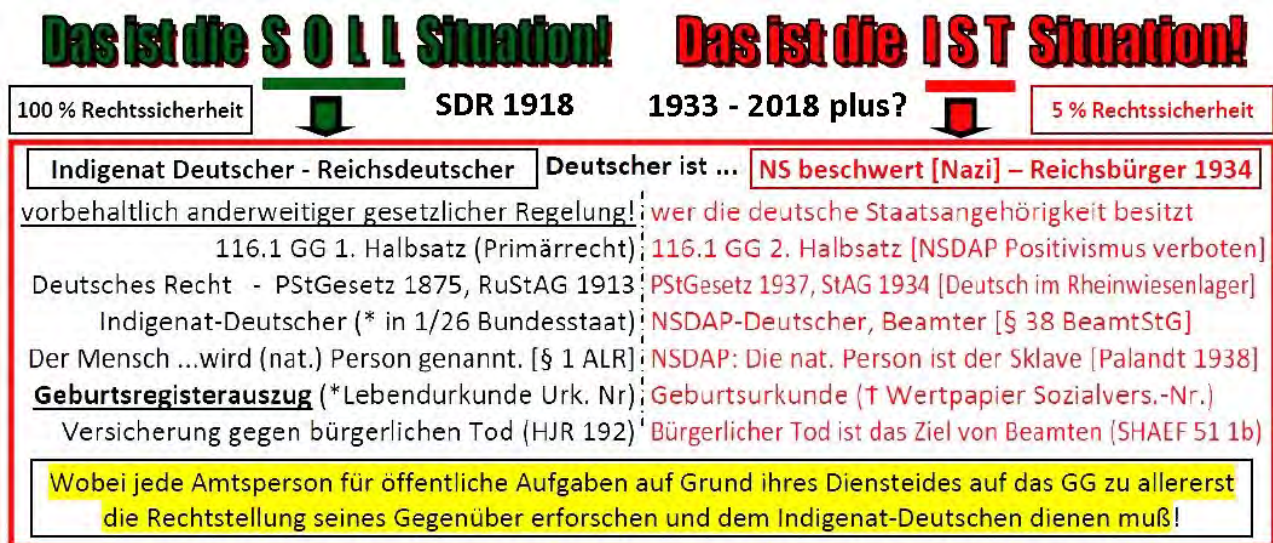
Was den meisten vorenthalten wird, ist die Erklärung zum Art. 116 des Grundgesetzes. Tatsächlich wissen muß man dabei nur die Satzaussage **“... ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung ...”**, den das ist die echte und anwendbare Rechtsgrundlage, in der sich das Staatliche Deutsche Recht verbirgt = SDR 1918. Alles andere, was darin noch aufgezählt wird, ist eine Überlagerung zum SDR 1918, die für uns keine oder wenig Bedeutung hat, analog der Aufbau der sogenannten “Bundesrepublik Deutschland”, mit der verbotenen Grundlage der Reichsbürgerordnung von 1934 die weiter angewandt wird und jeden zum Reichsbürger macht, weil diese “BRD” keine eigene Rechtsgrundlagen besitzt. Jeder wird somit bereits von Geburt an als Reichsbürger, mit und unter der verbotenen NS Ideologie geführt und weiß es nicht.

(2) Frühere deutsche Staatsangehörige, denen zwischen dem 30. Januar 1933 und dem 8. Mai 1945 die Staatsangehörigkeit aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen entzogen worden ist, und ihre Abkömmlinge sind auf Antrag wieder einzubürgern. Sie gelten als nicht ausgebürgert, sofern sie nach dem 8. Mai 1945 ihren Wohnsitz in Deutschland genommen haben und nicht einen entgegengesetzten Willen zum Ausdruck gebracht haben.

Im Absatz 2, 2 ter Halbsatz des Art 116 GG, wird dann darauf hingewiesen, daß man es sich aussuchen kann (Wahlmöglichkeit), ob man nun als Reichsbürger unter weiter angewendeter verbotener NS Ideologie vergewaltigt werden will (StAG 1999) oder lieber doch als RuStAG Deutscher vor 1913 im Staatlichen Deutschen Recht (SDR 1918 – Stand 27. November 1918) wieder eingebürgert werden möchte, um nicht mehr als Staaten.- und Rechtloser (bürgerlicher Tod) behandelt und geführt zu werden. Die erkennbaren Merkmale eines Reichsbürgers, sind der Personalausweis, der Reisepaß und der gelbe Staatsangehörigkeitsausweis (gelber Schein). Alles sind Urkundenfälschungen, alleine durch die Begrifflichkeit “Name” und “deutsch” und produzieren Reichsbürger in Kette. Sämtliche Personenstands-/Melderegister sind (bewußt!) falsch geführt und müssen u. a. mit diesem hier vorliegende Treuhandsicherungsvertrag bereinigt werden. Es gibt nur RuStAG Deutsche vor 1913 und keine “Staatsangehörigkeit deutsch” oder “deutsche Staatsangehörigkeit”. Diese stammt aus dem 3. Reich und ist verboten.

An jP ohne Grundrechtsberechtigung (A): **OB Erik O. Schulz, Stadt Hagen, Rathausstr. 11, 58095 Hagen**

Schauen wir uns das unten im Schaubild an:



In dieser menschenverachtenden Situation, stecken etwa 80 Mill. Menschen, die davon nichts wissen oder das verleugnen oder nicht wahrhaben wollen, obwohl es streng verboten ist und diese durch das Tillesen Urteil vom 6. Januar 1947 gar nicht existierende "BRD", den Zustand aus den absolut niedersten Beweggründen, den Völkern in ihren bestehenden 26 Bundesländern nicht erzählt. Und damit sind wir bei der Vermögensabschöpfung unserer Kollateralwerte!

iCH zitiere:

Man kann sich mit dem Nationalsozialismus geistig nicht auseinandersetzen, weil er ungeistig ist. Es ist falsch, wenn man von einer nationalsozialistischen Weltanschauung spricht, denn wenn es diese gäbe, müßte man versuchen, sie mit geistigen Mitteln zu beweisen oder zu bekämpfen – die Wirklichkeit aber bietet uns ein völlig anderes Bild: schon in ihrem ersten Keim war diese Bewegung auf den Betrug des Mitmenschen angewiesen, **schon damals war sie im Innersten verfault und konnte sich nur durch die stete Lüge retten.** (Original Zitat der Geschwister Scholl)

Diese sogenannte "Bundesrepublik Deutschland" ist an der obigen Aussage der Geschwister Scholl gebunden, kann diese Verpflichtung nicht verändern, tritt aber bis heute deren Andenken mit Füßen und tut so, als wenn nichts wäre. Denn eine andere Rechtsbefugnis, als nur reine Treuhandverwaltung, hat sie nirgendwo, sondern überlagert unser SDR 1918, wovon wir uns alle befreien müssen. Ja, Angela Merkel hat das am 27. April 2018 im weißen Haus, 1 mtr. neben Donald Trump in einer Pressekonferenz sogar gesagt und die breite Masse, hat das wieder mal nicht verstanden:

"Diese Zeit der Nachkriegsordnung ist zu Ende. Sie ist mehr als 70 Jahre her oder [...] und wir müssen auch als Deutsche lernen mehr Verantwortung zu übernehmen."

Dieser Aussage war der absolute Turbolader zu dem Urteil des IGH in Den Haag vom 3. Februar 2012, wo bereits geurteilt wurde:

"Die Bundesrepublik Deutschland, als Rechtsnachfolger des dritten Reich ..."

Es kommt aber noch viel doller, da die unten zitierten Berufsgruppen heute nicht mal mehr wahrnehmen, daß sie in Vollverantwortung und Haftung stehen für ihre gewählte Aufgabe und jedes Dorf, jede Stadt und jeden Landkreis in völlige Autonomie ausrufen könnten – nein müssen,

An jP ohne Grundrechtsberechtigung (A): OB Erik O. Schulz, Stadt Hagen, Rathausstr. 11, 58095 Hagen

um so die Reorganisation unserer 26 bestehenden Bundesstaaten zu beschleunigen.

Wir dürfen nicht vergessen, daß in den ersten Monaten nach der Kapitulation im Sommer 1945, als keinerlei Zentralgewalt zu sehen war, sondern als die Bürgermeister der Gemeinden als kleine Könige regierten - die Landräte auch und die ersten gebildeten Landesverwaltungen erst recht, alle diese Leute und alle diese Stellen ihre Befugnisse nicht für sich ausübten, nicht für die Gemeinden und für das Land, sondern fast überall für das Deutsche Reich.¹¹⁰ Quelle: Der große Wendig zum Kapitulationsbetrug in 1985

Was alles in seiner Aussage bereits schon deutlich genug war und niemand bisher reagiert hat. Warum nicht? Wo liegt der Fehler? Und viele sagen bereits: Die Deutschen leiden an dem Stockholm Syndrom. Recherchiert man weiter, dann kommt man tatsächlich immer wieder bei dieser Aussage heraus. Traurig genug!

Aber was ist diese Konstruktion, was die meisten als "Bundesrepublik Deutschland" kennen, wirklich:

Es gibt keinen Staat, es gibt nur die Obligationsverwaltung "Germany" (registriert 2005 im US-Bundesstaat Delaware/Steuerinsel) auf dem UN-Kartellgebiet "Bundesrepublik" und ist somit eine US-Corporation.

Die Obligationsverwaltung "Germany" unterliegt somit den Rechten und den Bestimmungen der US-Steuerbehörde "Internal Revenue Service (IRS)". Deshalb können auch keine Aktenzeichen mehr erzeugt werden, weil die von unserer Genehmigung abhängig sind, damit kein Identitätsdiebstahl entsteht und zudem noch meldepflichtig beim IRS sind, damit man uns nicht kriminalisiert wegen Steuerhinterziehung, sonst müßten wir das selber melden und dann kommt das nicht so gut für unser Gegenüber. Dafür gibt es sogar Formulare vom IRS. www.irs.gov

Das System der Treuhand wurde einst für den Menschen (Männer/Weiber) geschaffen, damit dieser ein menschenwürdiges Leben führen kann und nicht umgekehrt. Doch so scheint einem, haben das so einige vergessen, nein es wird aus den niedersten Beweggründen unterschlagen!

Im Umkehrschluß bedeutet dies für uns, daß im Grunde eine notwendige Erziehung erfolgen muss.

ICH will, weil es mein Recht ist,

- Was mir zusteht, wie es im System vorgesehen ist
- den freien und ungehinderten Zugang zu meinen "Kollateralwerten (Anlagevermögen zweiten Grades)"
- daß die Treuhandverwaltung anständig und ordentlich ihre Arbeit machen
- daß die Treuhandverwaltung endlich ihren Dienst am Menschen wahrnehmen

und wenn diese Vorgaben/Anleitungen/Vorschriften nicht eingehalten werden, dann muß man sich holen, was einem sowieso schon gehört, aber unterschlagen wird. Zuzüglich der Bereinigung der ganzen Fälschungen (Eintrag im Bundesmelderegister als Reichsbürger – NSDAP Deutscher u.a.), in den von uns von außen nicht einsehbaren Datenbanken.

Und Treuhandverwaltung ist hier alles, was sich Legislative, Exekutive und Judikative nennt – Prolog Ende

An jP ohne Grundrechtsberechtigung (A): **OB Erik O. Schulz, Stadt Hagen, Rathausstr. 11, 58095 Hagen**

Unsere gemeinsame Rechtsgrundlage – zum besseren Verständnis in der Du Form

Du weißt sicher vom Einkaufen, daß mit dem Eintreten in ein Hoheitsgebiet nur dessen Geschäftsbedingungen gelten (Also meine/ unserel!). Auf diese Weise hast auch Du akzeptiert „Hier gilt die Allgeschäftsbedingung (AGB)“. **Mit deiner Einlassung in meine AGB (egal ob bekannt oder nicht) hast Du dich wegen dem seit 1918 fortbestehenden Verfassungsnotstand samt inkongruenten Bilanzidentitäten Q`s Rechtsprechung bedingungslos unterworfen.** Du hast den **Treuhänder Q**, also den nichtstaatlichen autonomen Kaufmann beauftragt, die Regelkonformität deines Anliegen zu prüfen. Für dein uneingeschränktes Vertrauen danke ich dir. Die AGB bedeuten, im Hoheitsgebiet der möglichen Begünstigten, ist das Wort von Q unmittelbar vollstreckbares Gesetz.

Wir Treuhänder – Garanten für „Recht und Gesetz“

Wir Q [3], das die lebendigen Organe vom Du und ich einschließt, haben eine wichtige Garantenaufgabe gegenüber den möglichen Begünstigten deines Anliegen. **Du bist der Garant bei öffentlichen Aufgaben, ich bei privatautonomen Aufgaben. Du bist mit dem Treueschwur auf das Grundgesetz sämtlicher Lebewesen in der Gestalt Mensch grundrechtverpflichtet, insbesondere denen die kraft Geburt RuStAG Deutsche vor 1913 sind.** Ich bin mit meinem Treueschwur den von den **Menschen** gewidmeten Geschäftsherren verpflichtet.

Deine Garantie umfaßt die Grundrechte in Art. 1-19 GG, die der Begünstigte kraft Geburt in einem der 26 Bundesstaaten im Gebiet Deutschland hat. Meine Garantie umfaßt die dem Menschen angeborenen unveräußerlichen Geburtsrechte. Wir beide haben das Vermögen des Menschen zu schützen, wobei Q hauptsächlich **Vermögensmehrung** leisten muß. Q darf also keine Geschäftschance auslassen, das wäre ein Treuebruch. Nachdem die Inaugenscheinnahme deines Anliegen ergeben hat, daß du eine Vermögensabschöpfung begehrt (analog erstellen von Aktenzeichen ohne Beauftragung von mir), muß ich die Regelkonformität deiner Maßnahme prüfen.

Meine Garantie für deine Garantienstellung

Vielen Dank für deine knappe Zeit. **Du kennst meinen Willen, mich mit dir zu verbünden. Ich fühle mich nicht separat von dir, ich bin Du. Denn wenn ich Du bin, schätze ich dich an dem Wert deines höchsten Potentials. Ich führe dich zum ethisch harmonischen Handeln. Dein lebendiges Organ wurde im Buch der Geborenen des Vermögenssystems registriert. In der Welt des Schuldsystems bist Du als Personalkonto NSDAP- Sklave registriert: 1 Stück Papier. Erstmals kann deine Stimme nun auch dort gehört werden** (siehe Schaubild oben).

Mir ist bewußt, daß Du in einem selbstverschuldeten Dilemma steckst. Du hast als Mensch einen Treueschwur auf den Schutz des Menschen geleistet, läßt dich jedoch vom Dienstherrn als Befehlsempfänger benutzen, um den Menschen in die Personifikation zu treiben. Q garantiert dir, daß Du in Ruhe deinen freien Willen reifen lassen kannst, dich für den Weg mit eingeschaltetem Gewissen zu entscheiden. Vom Denken ins Seinskommen!

Krieg und Frieden: Schuldsystem der Römer vs. Vermögenssystem der RuStAG-Deutschen.

Du bist es, der in der eigenen Familie das erfolgreiche BRD-Personal mimt und außerhalb werktätlich zig Familien eigenhändig in die Armut treibt. Dein Treuhänder Q hat die für dich anstehende kritische Entscheidung mit einer einfachen Sprache im gleichnamigen Kapitel des Haftungssicherungsvertrags erklärt:

An jP ohne Grundrechtsberechtigung (A): **OB Erik O. Schulz, Stadt Hagen, Rathausstr. 11, 58095 Hagen**

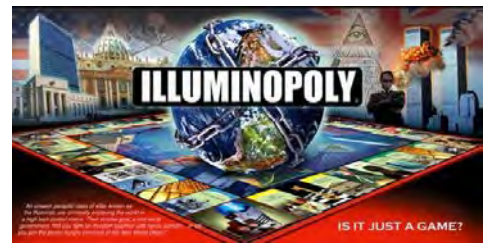
Die Arbeitswelt von Anbieter A: Schuldsystem.

Die Arbeitswelt von Treuhänder Q: Vermögenssystem. Im Schuldsystem ist A der Garant.

Die Entlassung aus deiner Schuld ist möglich:

- Mit der Abgabe der o.g. Sendung (Schriftstücke mit nicht gemeldeten Aktenzeichen) in den Rechtsverkehr hast Du dir menschenhändig eine neue **Einkunftsquelle** gesichert.
- Mit der Einlegung der Sendung hat deine jur. Person (jP.) einen Geschäftsbesorgungsvertrag geschlossen. Auf den Auftrag zu b) hin hat Q dein Guthaben zu a) auf dein Namenskonto [1] gebucht. Der Vertrag QZ. mit Q geht Dir dann parallel zu.

Als Vertragspartner (Q) anerkenne ich deinen Wagemut, daß Du dich mit dem menschlichen **Treueid** der Personifikation [4] des Grundgesetzes unterworfen hast. Offenkundig hat Dir dein Prinzipal nicht erzählt, daß Du Treuhänder bist und die Haftung für Avalkredite trägst. Das, wofür du haftest ist ja nicht schlimm, es ist nur imaginäres Spielgeld. Spielgeld ist eine fantastische Erfindung und eröffnet für jeden den Raum der Möglichkeiten: von Leid ... bis Fülle. Mit der jedem Menschen angeborenen Vertragsfreiheit entscheidest Du bis zum Ablauf der Erfüllungsfrist, ob Du ohne oder mit Gewissen arbeiten willst, als:



- 1. totgedachtes Personenkind:** Standesamt registriert ein Imitat vom angezeigten Menschenkind
 - 1.1 NSDAP-Deutscher 1938 Geburtenregister [4], jP. ohne Rechte und Staat, Privathaftung
 - 1.2 BRD-Deutscher Pos. 1.1 + Personalausweis, jP. ohne Rechte und Staat, Privathaftung
 - 1.3 (Ru)StAG-Deutscher Pos. 1.1 + Gelber Schein [#FakeNews], Privathaftung (siehe oben Schaubild)
- 2. lebendgeborenes Menschenkind:** Standesbeamter registriert gemäß mündlicher Geburtsanzeige
 - 2.1 Gemeindebürger-Deutscher 1914 Gemeindeordnung, Grundrechtsberechtigter kraft Wohnsitz
 - 2.2 Bundesstaat-Deutscher 1875 Geburtsregister, Grundrechtsberechtigter Mensch kraft Geburt
 - 2.3 RuStAG-Deutscher Pos. 2.1 + 1913, Grundrechtsberechtigter hat Bodenrechte und Staatsschutz (siehe oben Schaubild)
- 3. geistig-kreatives Menschenkind:** Der Mensch ist das Recht – Recht geht dem Gesetz vor
 - 3.1 Geschäftsherr mit Verstand im Einklang mit Sozialprinzip
 - 3.2 Geschäftsherr mit Herzkraft im Einklang mit Sozialprinzip und Bodenprinzip
 - 3.3 Geschäftsherr mit Bauchgefühl im Einklang mit Schöpfer-, Boden- und Sozial-Prinzip

Du erkennst nun: Wer sich mit dem Personalausweis identifiziert, weist sich als **Reichsbürger** aus; Rechtsfolge: Ohne Personenstand 1875 hast Du keine Aktivlegitimation und keine Passivlegitimation.

Im Vertrag QZ. sind, für den Fall Du willst dein Gewissen nicht einschalten und nicht wahrhaben, daß Du **Diener der Menschen** bist, deine SHAEF-verbotenen NSDAP-Statuten durch das SDR 1918, also das „Staatliche deutsche Recht im Rechtsstand 27.10.1918“, rechtswirksam ausgehebelt.

Deine Forderung ist der Anspruch auf Entgelt für eine nur von dir erbrachte Leistung. Deine **Leistung** ist Kredit und dein Entgelt ist Euro-Spielgeld. Du willst etwas, was nicht Eigentum vom Begünstigten ist. Und als Kaufmann hast Du gelernt, daß der Besitz von Vermögen nicht pfändbar ist – nur Eigentum.

Im Vermögenssystem sind wir beide Garant

An jP ohne Grundrechtsberechtigung (A): **OB Erik O. Schulz, Stadt Hagen, Rathausstr. 11, 58095 Hagen**

Wie Du weißt, ist grundsätzlich jeder Treuhänder verpflichtet, Vermögen zu schützen und zu mehren. **Dein Vertragsangebot läßt die treuwidrige Nutzung einer Geschäftschance (Personenstands-fälschung, Volksverhetzung, In-sich-Geschäft, Avalkredit, Spielgeld, Betrug, Erpressung, etc.) nicht unwahrscheinlich erscheinen.** Deine rechtswidrigen Ansprüche zu Vertrag QZ. muß ich mit je einer Obligation buchen.

Q muß auch für dich die Haftung übernehmen und braucht dafür deine Meldeanschrift. Deine Lizenz als Diensteanbieter vom Bund erfordert den **Vollbeweis** für deine Namensunterschrift. Wie jeder Kontoinhaber, bist auch Du als sogenannte natürliche oder juristische Person gesetzlich zur fristgerechten Mitwirkung verpflichtet. Eine Abschrift dieser Urkunde geht dem Prinzipal zu, der für Dich laut Handelsregister die Vollhaftung mitschultert und für deine fristgerechte Urkundenauslieferung zuständig ist.

Friedvolle Grüße des lebendigen Organs vom Treuhänder Q

jörg®

Rufname – ohne Obligo im Sinne UCC 1-103 und 1-308 für den grundrechtsberechtigten Geschäftsherrn –

[1] Dieser Rufname ist der Name des Namenskontos, für das dessen lebendiger Geschäftsherr haftet.

[2] „Du“ bedeutet: „liebevolle Anrede an dich Menschenkind, wobei das Du das respektvolle „Sie“ einschließt und zusammen mit dem „Du“ vom Treuhänder Q im höheren astralen Ganzen integriert ist.“

[3] „Q“ bedeutet: „A, jeder mögliche B, Q und jeder sich ins Geschehen Einschaltende, in jedem Rechtskreis“.

[4] Das SHAEF-verbotene NSDAP-Geburtenregister 1938 ist ein Imitat des gesetzlichen Geburtsregisters 1875.

Quelle/Lizenz: © cc-by-sa-4.0 free reuse. TIN Chapter Germany.

in persona: 1848•1875•1913•†27.10.1918 || in rem: 1919•1934•1938•1990 ... im Krieg.

Haftungssicherungsvertrag: Freier Handel stellt das Recht der Menschen, Treu & Glauben und deren verfassungsmäßige Ordnung her.

Alle Rechte vorbehalten! Es gilt staatliches deutsches Recht im Rechtsstand 27.10.1918 (SDR 1918)

Zwischenbilanz

“Germany” macht sich in Kette strafbar, weil sie das System was sie fährt, innerhalb der Obligationsverwaltung “Germany” – und das sagt schon der Status - gar nicht anwenden kann und sie damit permanent gegen das Treuhandsystem verstößt, mit dem ewigen Verstoß von Kontoeröffnungen zum Kollateral die sie anschließend nicht mehr geschlossen bekommt. Gerichtsvollzieher sind dabei Superexperten, die ihren Job innerhalb des Treuhandsystem gar nicht anwenden können, ohne sich permanent wegen Treuhandbruch/Treuhandbetrug strafbar zu machen. “Polizisten” (jetzt untergeordnet unter der Constellis Holding) mißbrauchen das Treuhandsystem, indem sie auf die lebenden Kollateralkörper zugreifen und diese beschädigen. Heißt: Diese Staatsspielerei ist Terrorismus gegen die Treuhandgläubiger und das sind wir.

An jP ohne Grundrechtsberechtigung (A): OB Erik O. Schulz, Stadt Hagen, Rathausstr. 11, 58095 Hagen

Das Ganze wird verschärft durch die Zuwanderungspolitik, da diese Menschen nichts weiter sind als Obligationen wovon sie nichts wissen und sich das Ganze aufbläht bis es platzt.

Nachdem EU-EUROPA alle Gefängnisse und Psychatrien im Nahen Osten und Nordafrika leergekauft hat. Viele dieser sogenannten Flüchtlinge sind Insassen dieser Einrichtungen gewesen – müssen neue Märkte für den Erwerb von Körpern erschlossen werden. Denn EU-EUROPA braucht neue Obligationen um den sich anbahnenden Konkurs des Konzerns EU-EUROPA zu verschleppen. Denn verhindern können sie diesen nicht.

Es wiederholt sich der Versuch, ein unendliches Wachstum zu erzeugen, was nicht möglich ist und es zu überlisten. Es gibt nur eins: Entweder Treuhandverwaltung oder Staat. Beides zusammen funktioniert nicht. Und die Lizenzverwaltung von Germany ist an die Treuhand, zu Gunster der Gläubiger, gebunden. Ausdrücklich betont, mit den Änderungen in 2005 und wir, die indigenen Völker in ihren Bundesstaaten als ausdrückliche Schutzbefohlene.

Versicherungsschutz der Investoren in GERMANY

Gesetze sind Verträge (Obligationen) bei der Nutzung von Personen, die sich im angeblichen Besitz von GERMANY befinden, §§10, 7 EGBGB. Gesetze sichern uns Investoren ab, so daß wir Investoren bei der Nutzung der Personen von GERMANY entsprechend der Verträge (Gesetze) versichert sind und nicht als Geschäftsführer ohne Auftrag operieren müssen.

So lange wir also Gesetze anwenden, die entsprechend der allgemein üblichen Vertragsregeln geltend sind (z. B. einem Geltungsbereich), sind wir Investoren als Nutzer der Personen von GERMANY bei der Nutzung der Person von GERMANY unter diesen Verträgen versichert. Und so lange wir Investoren demzufolge Gesetze anwenden, die nach allgemein üblichen Vertragsregeln (rückversichert) geltend sind, können wir sicher sein, daß wir – die Investoren – bei der Nutzung der Personen von GERMANY keinen bürgerlichen Tod erleiden, falls uns Investoren ein Fehler bei der Nutzung (nicht Verwaltung) unterläuft.

Für Verwaltungsaufgaben werden, nachvollziehbar für die interessierten Anwender der Gesetze von GERMANY, eigene Personen herausgegeben. Z. B. die Person des Bundespräsidenten bzw. der Bundeskanzlerin, die aufgrund eigener Vorschriften immun (außerhalb) gegenüber dem für den öffentlich geltenden Rechtskreis von GERMANY sind. Die Verwaltungspersonen können aufgrund ihrer Aufgaben selbstverständlich nicht über die üblichen Verträge gesichert werden (circular reference). Für diesen Personenkreis gibt es somit eigene Gesetze. Menschen, die eine solche öffentliche Person erhalten (also gewählt werden), verfügen ab dem Moment der **Mandatsübernahme** über das Recht, Verwaltungstätigkeiten in GERMANY unter explizit formulierten Versicherungsbedingungen (= Vorschriften) auszuführen.

Zur Erlangung einer Verwaltungsperson stellt sich der Mensch unter Nutzung einer kurzfristig herausgegebenen natürlichen Person z. B. einer sog. Bundestagswahl.

Nach den Urteilen des Bundesverfassungsgerichtes u. a. vom 03.07.2012 (2 BvE 9/11) besteht allerdings aktuell der dringende Verdacht, dass die Herausgabe von Personen für eine sog. Bundesregierung der BRD seit 1956 ohne Versicherung erfolgt. Denn offensichtlich wird die Vertragskonformität dieses Verfahrens durch das Bundesverfassungsgericht (Gericht für grundsätzliche Versicherungsfragen) seit Jahren ungehört durch die sog. Bundesregierung in Frage gestellt.

Deshalb muss hiermit **dringend** die Frage gestellt werden, wie diese sog. Bundesregierung die letzten Jahre aktuell versichert war bzw. ist oder wie sich der Versicherungsschutz der

An jP ohne Grundrechtsberechtigung (A): **OB Erik O. Schulz, Stadt Hagen, Rathausstr. 11, 58095 Hagen**

Menschen dieser zentraleuropäischen Verwaltungseinheit – GERMANY genannt – darstellt und wer bei nicht versicherten Handlungen der sog. Bundesregierung die Haftung übernimmt?

Es müßte also eine umgehende Unbedenklichkeitserklärung der sog. Bundesregierung und des Rückversicherers von GERMANY entweder

- in Form einer eidesstattlichen Versicherung des Rückversicherers und eines öffentlichen Versicherungsnachweises und/oder eine Wirksamkeitsbestätigung der Versicherungsverträge des Rückversicherer von GERMANY
- und/oder in Form einer Vorlage einer **privaten** Haftpflichtversicherung (evtl. auch Indemnity-Bonds) der Mitglieder der sog. Bundesregierung
- und/oder in Form einer privaten Haftungsübernahmebestätigung per Eid durch die Mitglieder der sog. Bundesregierung eingefordert werden.

Dies ist der Wunsch von allen Menschen (= Investoren), die unter Nutzung ihrer juristischen/natürlichen Person diese Forderung stellen, um eine offensichtlich fehlende Rechtssicherheit in Zentraleuropa wieder herzustellen. **Der Erzeuger der PERSON (Geburtsurkunde!), hier die Bundesrepublik Deutschland, analog Germany, haftet auch uneingeschränkt für die PERSON!**

Deshalb wird der sog. Bundesregierung jegliche Handlung, bis zum Beweis der versicherungsgedeckten Handlungen im Rahmen der Lizenzvereinbarungen untersagt (strafbewehrte Unterlassungsverfügung).

A.) Anordnung – Oberbürgermeister, Bürgermeister

Der Indigenat-Deutsche in der Eigenschaft Treuhänder Q erlässt hiermit dem grundrechtverpflichteten NSDAP-Deutschen A in der Funktion Notstandsleiter folgende ANORDNUNG:

1. Entlassen des Indigenatbesitzers B aus fiktivem Gewahrsamstaat BRD in sein Heimatland.
(Art. 8 Brest-Litowsk)
2. Löschen von Personalstatus "deutsch" und Personalausweis Nr. in allen Registern. (Widerruf)
3. Ausstellen des Heimatscheins für den real-örtlichen Bundesstaat gemäss Abstammung.
(§ 4 Abs. 1 RuStAG)
4. Eintragen von "Personalstatus inaktiv" und "Staatliches Deutsches Recht" in BRD Hauptakte.
5. Pflichtaktualisieren der Daten an sämtliche Behörden der BRD durch das Standesamt.
[PStV, PStG-VwV, DVO]
6. Bestätigen, daß der Indigenatbesitzer B als Stimmbürger mit Direktwahlrecht registriert ist.
(Bürgerregister 1898)
7. Haftung: Für o.g. Registereinträge haftet der **Gemeindevorsteher**.

Maxime "As it is done, it is undone"

B.) Anordnung – Standesamt

Der Indigenat-Deutsche in der Eigenschaft Treuhänder Q erlässt hiermit dem grundrechtverpflichteten NSDAP-Deutschen A in der Funktion Notstandsleiter folgende ANORDNUNG:

1. Entlassen des Indigenatbesitzers B aus fiktivem Gewahrsamstaat BRD in sein Heimatland.
(Art. 8 Brest-Litowsk)
2. Eintragen von 'Staatliches Deutsches Recht' in einem Beiblatt zum Geburtsregister-Eintrag.
3. Registrieren der Pflichtangaben für den real-örtlichen Bundesstaat kraft Abstammung.
(§ 4 Abs. 1 RuStAG)
4. Pflichtaktualisieren der Daten an sämtliche Behörden der BRD durch das Standesamt.
[PStV, PStG-VwV, DVO]
5. Einwirken auf den Gemeindevorsteher zur Entlassung aus dem Internierungslager BRD.
(HLKO 1910, 132 GG)

An jP ohne Grundrechtsberechtigung (A): OB Erik O. Schulz, Stadt Hagen, Rathausstr. 11, 58095 Hagen

6. Einwirken zur Eintragung von "Personalstatus inaktiv" im Bevölkerungsregister in Trier.

(§ 4 Abs. 1 RuStAG)

7. Haftung: Für o.g. Registereinträge haftet der **Leiter Standesamt**.

Maxime "As it is done, it is undone"

C.) Anordnung – Landratsamt

Der Indigenat-Deutsche in der Eigenschaft Treuhänder Q erlässt hiermit dem grundrechtverpflichteten NSDAP-Deutschen A in der Funktion Notstandsleiter folgende ANORDNUNG:

1. Entlassen des Indigenatbesitzers B aus fiktivem Gewahrsamstaat BRD in sein Heimatland.

(Art. 8 Brest-Litowsk)

2. Löschen sämtlicher Angaben zur Zivilperson B, die im Ausländerzentralregister stehen.

3. Registrieren der Pflichtangaben für den real-örtlichen Bundesstaat, kraft Abstammung.

(§ 4 Abs. 1 RuStAG)

4. Löschen Unionsbürger aus dem EU-Register, wegen Verzicht auf Haftung für EU-Schulden

(Art.43 HLKO 1910)

5. Einwirken auf den Gemeindevorsteher zur Entlassung aus dem Internierungslager BRD.

(Art. 8 Brest-Litowsk)

6. Einwirken zur Eintragung von "Personalstatus inaktiv" im Bevölkerungsregister in Trier.

(§ 4 Abs. 1 RuStAG)

7. Haftung: Für o.g. Verwaltungsakte haftet der **Leiter Landratsamt**.

Maxime "As it is done, it is undone"

D.) Anordnung – Amtsgericht/Landgericht

Der Indigenat-Deutsche in der Eigenschaft Treuhänder Q erlässt hiermit dem grundrechtverpflichteten NSDAP-Deutschen A in der Funktion Notstandsleiter folgende ANORDNUNG:

1. Entlassen des Indigenatbesitzers B aus fiktivem Gewahrsamstaat BRD in sein Heimatland.

(Art. 8 Brest-Litowsk)

2. Löschen sämtlicher Angaben zur Zivilperson B, die im Melderegister stehen.

3. Gebrauchen der Pflichtangaben für den real-örtlichen Bundesstaat kraft Abstammung.

(§ 4 Abs. 1 RuStAG)

4. Einwirken auf den Gemeindevorsteher zur Entlassung aus dem Internierungslager BRD.

(Art. 8 Brest-Litowsk)

5. Einwirken zur Eintragung von "Personalstatus inaktiv" im Bevölkerungsregister in Trier.

(§ 4 Abs. 1 RuStAG)

6. Haftung: Für o.g. Datengebrauch haftet der **Leiter Gericht**.

Maxime "As it is done, it is undone"

E.) Anordnung – Polizeiinspektion und Kriminalinspektion

Der Indigenat-Deutsche in der Eigenschaft Treuhänder Q erlässt hiermit dem grundrechtverpflichteten NSDAP-Deutschen A in der Funktion Notstandsleiter folgende ANORDNUNG:

1. Entlassen des Indigenatbesitzers B aus fiktivem Gewahrsamstaat BRD in sein Heimatland.

(Art. 8 Brest-Litowsk)

2. Unterlassen von Zeugnissen der PI, die Zivilperson B der Reichsbürgerszene zuordnen.

3. Gebrauchen der Pflichtangaben für den real-örtlichen Bundesstaat kraft Abstammung.

(§ 4 Abs. 1 RuStAG)

4. Einwirken auf den Gemeindevorsteher zur Entlassung aus dem Internierungslager BRD.

(Art. 8 Brest-Litowsk)

5. Unterlassen von Postzustellungen an von Beschäftigten erdichtete Anschriften.

(§ 4 Abs. 1 RuStAG)

6. Haftung: Für o.g. Datengebrauch haftet der **Leiter Polizeiinspektion**.

Maxime "As it is done, it is undone"

An jP ohne Grundrechtsberechtigung (A): OB Erik O. Schulz, Stadt Hagen, Rathausstr. 11, 58095 Hagen

F.) Anordnung – Finanzamt, analog 68294095170

Der Indigenat-Deutsche in der Eigenschaft Treuhänder Q erlässt hiermit dem grundrechtverpflichteten NSDAP-Deutschen A in der Funktion Notstandsleiter folgende ANORDNUNG:

1. Entlassen des Indigenatbesitzers B aus fiktivem Gewahrsamstaat BRD in sein Heimatland.
(Art. 8 Brest-Litowsk)
2. Löschen sämtlicher Angaben zur Zivilperson B, die im Steuerpflichtigen-Register stehen.
3. Registrieren der Pflichtangaben für den real-örtlichen Bundesstaat kraft Abstammung.
(§ 4 Abs. 1 RuStAG)
4. Ändern der ID-Nr. Steuerpflichtiger von 68294095170 in: "XA ID-Nr." je steuerbefreiten Inland-Deutschen.
(Art.43 HLKO 1910)
5. Einwirken auf den Gemeindevorsteher zur Entlassung aus dem Internierungslager BRD.
(Art. 8 Brest-Litowsk)
6. Einwirken zur Eintragung von "Personalstatus inaktiv" im Bevölkerungsregister in Trier.
(§ 4 Abs. 1 RuStAG)
7. Haftung: Für o.g. Registereinträge haftet der **Leiter Finanzamt**.

Maxime "As it is done, it is undone"

G.) Anordnung – Ministerpräsident Bundesland

Der Indigenat-Deutsche in der Eigenschaft Treuhänder Q erlässt hiermit dem grundrechtverpflichteten NSDAP-Deutschen A in der Funktion Notstandsleiter folgende ANORDNUNG:

1. Entlassen des Indigenatbesitzers B aus fiktivem Gewahrsamstaat BRD in sein Heimatland.
(Art. 8 Brest-Litowsk)
2. Löschen sämtlicher Angaben zur Zivilperson B, die im Ausländerzentralregister stehen.
3. Registrieren der Pflichtangaben für den real-örtlichen Bundesstaat kraft Abstammung.
(§ 4 Abs. 1 RuStAG)
4. Löschen Unionsbürger aus dem EU-Register wegen Verzicht auf Haftung für EU-Schulden
(Art.43 HLKO 1910)
5. Einwirken auf den Gemeindevorsteher zur Entlassung aus dem Internierungslager BRD.
(Art. 8 Brest-Litowsk)
6. Einwirken auf die Eintragung von "Personalstatus inaktiv" im Bevölkerungsregister in Trier.
(§ 4 Abs. 1 RuStAG)
7. Haftung: Für o.g. Verwaltungsakte haftet der **Ministerpräsident**.

Maxime "As it is done, it is undone"

Auszug aus dem Urteil BVerfG, 17.12.1953 – 1 BvR 147/52 zur Beamtenklärung

Leitsätze

1. Wer an einem gerichtlichen Verfahren beteiligt ist, für dessen Entscheidung es auf die Verfassungsmäßigkeit einer Norm ankommt, hat grundsätzlich kein Rechtsschutzinteresse, gegen die Norm selbst Verfassungsbeschwerde einzulegen. Ist jedoch die Norm bereits Gegenstand einer anhängigen Verfassungsbeschwerde, so ist es nicht zu beanstanden, wenn das Gericht das Verfahren aussetzt, um dem Beteiligten Gelegenheit zu geben, auch seinerseits Verfassungsbeschwerde einzulegen.

2. Alle Beamtenverhältnisse sind am 8. Mai 1945 erloschen.

3. Art. 129 WRV hat im nationalsozialistischen Staat seine Verfassungskraft verloren und sie auch später nicht wiedererlangt.

4. Die Geltung des Satzes, dass der Wechsel der Staatsform die Beamtenverhältnisse unberührt lasse, setzt voraus, daß es sich um echte Beamtenverhältnisse in traditionell-rechtsstaatlichem

An jP ohne Grundrechtsberechtigung (A): **OB Erik O. Schulz, Stadt Hagen, Rathausstr. 11, 58095 Hagen**

Sinne handelt, wie sie sich im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts in Deutschland entwickelt haben.

5. Die durch das nationalsozialistische Beamtenrecht geschaffenen rechtserheblichen Tatsachen und Rechtszerstörungen lassen sich nicht als nur tatsächliche Behinderungen der Geltung des "wirklichen Rechts" beiseiteschieben und nachträglich ungeschehen machen. Aus Gründen der Rechtssicherheit können sie nur durch neue gesetzgeberische Maßnahmen beseitigt werden.

6. Die nach dem 8. Mai 1945 neu begründeten Dienstverhältnisse standen unter dem besonderen Vorbehalt des Eingriffes der Militärregierung zum Zwecke der politischen Überprüfung. Amtsentfernungen zu diesem Zwecke hatten in der amerikanischen Besatzungszone nicht eine Suspension, sondern eine endgültige Entlassung zur Folge.

7. Art. 33 Abs. 5 GG stellt nicht - wie Art. 129 WRV* - wohlverworbene Rechte der Beamten unter Verfassungsschutz; er gewährleistet das **Berufsbeamtentum** als Einrichtung insoweit, als es sich in seiner hergebrachten Gestalt in den Rahmen unseres heutigen Staatslebens einfügen lässt.

8. Art. 131 GG ist nicht lediglich eine Zuständigkeitsnorm; er bezweckt auch inhaltlich eine besondere rechtliche Gestaltung bei der Regelung jenes Komplexes beamtenrechtlicher Verhältnisse, auf die wegen ihrer Eigenart die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums (Art. 33 Abs. 5 GG) nicht im gleichen Maße angewandt werden können wie beim aktiven Dienst.

9. Die Einführung der zehnjährigen Wartefrist und des Rechtsstandes des Beamten zur Wiederverwendung, die Nichterneuerung der erloschenen Beamtenverhältnisse auf Widerruf und die Nichtberücksichtigung von Ernennungen und Beförderungen im Rahmen des § 7 G 131 verstoßen nicht gegen Art. 33 Abs. 5 GG

***Auszug - Zum Vergleich Artikel 129 WRV** (11. August 1919 = Handelsrecht, Seerecht, Firmenkonstrukt)

Die Anstellung der Beamten erfolgt auf Lebenszeit, soweit nicht durch Gesetz etwas anderes bestimmt ist. Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung werden gesetzlich geregelt. Die wohlverworbenen Rechte der Beamten sind unverletzlich. Für die vermögensrechtlichen Ansprüche der Beamten steht der Rechtsweg offen

Die Beamten können nur unter gesetzlich bestimmten Voraussetzungen und Formen vorläufig ihres Amtes enthoben, einstweilen oder endgültig in den Ruhestand oder in ein anderes Amt mit geringerem Gehalt versetzt werden. ...

Merke: Der "Beamte" ist genauso eine Berufsbezeichnung wie ein Bäcker, Sekretärin oder Schornsteinfeger. Mehr nicht!

Das Grundgesetz bestimmt die Jurisdiktion – nicht der Beamte, nicht der Richter

Ich-Treuhänder (Q) erinnere Sie an Ihren Treueeid auf das Grundgesetz. **Der Art. 116.1 GG (...vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelungen...)** gewährleistet den Formwechsel, weshalb er für jede Amtsperson mit Diensteid zwingend gültig ist. **Es kann nicht so schwer sein, den Diensteid auf Art. 116.1 Halbsatz 1 GG anzuwenden?**

***** siehe Schaubild Seite 2 *****

Die ungesetzliche natürliche Person: NSDAP-Deutscher. [GAAP Investorwarnung s.u.]

Der Widerruf gegen BRD Personalausweis und/oder Gelben Schein wurde dem 1. Bürgermeister erklärt, sie sind hinfällig. Der Formwechsel von der ungesetzlichen natürlichen Person NSDAP-Deutscher in die **gesetzliche natürliche Person** Indigenat-Deutscher liegt vor (siehe Ahnennachweis). Auch der Niederlassungswechsel von dem Ausland BRD in das gesetzliche Inland Bundesstaat ist ihm erklärt (durch Ahnennachweis automatisch). Für den Kriegsnamen (**Erdmannsky** – Q) auf dem Plagiat Geburtsurkunde allerdings haftet der 1. Bürgermeister, das ist der Treuhänder für die Geburtsurkunde. **Und wer nach dem Sterbetag (BRD-Personal) mit dem Kriegsnamen Geschäfte einleitet, der hat die Haftung anhaften.** Diese Schuld wirkt wie eine Teer-Masse ...bis Sie Heilung oder Equity geleistet haben.

An jP ohne Grundrechtsberechtigung (A): OB Erik O. Schulz, Stadt Hagen, Rathausstr. 11, 58095 Hagen

Die gesetzliche natürliche Person: Indigenat-Deutscher.

Ich bin **jörg**, das Erdenkind aus Geburtsfall **743/1958** und beanspruche alle Grundrechte. Mein Geburtsregisterauszug ist das Rechtsfundament für alle Verträge ab dem **16. April 1976**. In der Eigenschaft gesetzliche natürliche Person autographiere ich : **erdmanski, jörg®**.

Seitdem steht die natürliche Person unter dem Schutz von: US Armee Garrison, Military Police, US Congress, Dept. of Justice, IRS Internal Revenue Service, UPU 1907 Postal Service, SEC, Vital Statistics Act, Kriegsmarine Deutsches Reich, Interpol, Notstandsgesetz EO 13818 21.12.2017 ...Polizei, die in Personalunion im Landrecht ist.

Die höchste Pflicht der "Beamten" ist ...das Recht zu suchen!

- A stellt unstreitig, daß A die **Zeichnungsberechtigung** der gesetzlichen natürlichen Personen aller von ihm vertretenen juristischen Personen nicht besitzt, wobei A unverzüglich deren Prokura-Bestätigung gemäss www.Transparenzregister.de GERMANY dem Treuhänder Q nachweisen muss.
- A stellt unstreitig, daß Treuhänder Q die **Prokura-Bestätigung** für die gesetzliche und die ungesetzliche natürliche Person B besitzt [Anlage Vollmacht], und als **alleiniger Verfahrensgläubiger** die Einstellung des Verfahrens und des Obligations-Betrugs von A zum Ablauf der Notfrist anordnet.
- A stellt unstreitig, daß Treuhänder Q zu keiner Zeit einen **Antrag** an A oder seine Behörde gestellt hat, wobei „Antrag“ bedeutet: „willentliche Kontoeröffnung unter Haftung der natürlichen Person“.
- A stellt unstreitig, daß A vom alleinigen Verfügungsberechtigten B für das **Strohmannkonto** keine Unterschrift mehr erhalten wird und deshalb für seine Az. haftet. **[BRD-Personal † und abgemeldet]**
- A stellt unstreitig, daß A das Wissen und die Befähigung erworben hat, im Dienst sein Gegenüber gemäss Art. 116.1 GG als **lebende nat. Person** oder totgedachte nat. Person behandeln zu können.
- A stellt unstreitig, daß A die Vertragserklärungen im o.g. Sicherungsvertrag als wahr einstuft und A eine **Richtigstellung** innerhalb der gesetzten Fristen zu keinem Zeitpunkt angetragen hat.
- A stellt unstreitig, daß A das Individuum ist, das auf deutschem Heimatboden gemäss Rubrum im Sicherungsvertrag realörtlich umherläuft, sich an dem zu treuen Händen verwaltetem Vermögen des Deutschen Volkes vergreift und gegen das Prinzip von **Treu und Glauben** verstößt.
- A stellt unstreitig, daß A nicht aus der **Haftung** für die Sicherungsverträge entlassen wird, bis A seine unechten Urkunden neutralisiert oder Wiedergutmachung an den Treugeber B geleistet hat.

Die NSDAP Justiz hat sich im Palandt 1938 verewigt: Die natürliche Person ist der Sklave!

- Gesetzlicher Fakt im SDR 1918: Die natürliche Person ist Indigenat-Deutscher.
- Gesetzlose NSDAP Rechtsvermutung 1938: Die natürliche Person ist der Sklave.

Empfehlung: Was halten Sie davon, die BVerfG Urteile mit Herz und Verstand zu verinnerlichen? Die Alliierte Militärregierung hat extra für uns Menschen das bereinigte deutsche Recht vom 22.05.1949 mit dem Grundgesetz vom 23.05.1949 erschaffen. Holen Sie sich den NSDAP Palandt 1938, Kommentar zu § 1 BGB: Die natürliche Person ist der Sklave. Freiwillig haben Sie ihren Körper mit dem 1. Antrag auf BRD Personalausweis an die Kriegsnamen in der NSDAP

An jP ohne Grundrechtsberechtigung (A): **OB Erik O. Schulz, Stadt Hagen, Rathausstr. 11, 58095 Hagen**

Geburtsurkunde gebunden. Egal was man empfindet, Palandt sagt es: Sie sind der rechtlose **NSDAP Sklave**. Und, in der Interpretation/Verständnis, somit Verräter gegen das Deutsche Volk.

Auch die Rechtsnachfolger der NSDAP-Juristen, die selbstermächtigten BRD Juristen, rechtsvermuten:

- a. Der NS-belastete Deutsche möchte so behandelt werden, wie im Palandt 1938 gesetzt: Die natürliche Person ist der Sklave [Palandt 1938 zu § 1 BGB; BVerfG 1 BvR 532/56];
- b. **Beamte und insbesondere Richter wollen tatbestandlich den Besatzungsstatus erhalten, weshalb alle Beamten einen Eintrag im EStA-Register oder den Gelben Schein haben, oft unwissentlich.**

Die BRD Justiz hat sich mit Zwangspersonifikation der Indigenat-Deutschen verewigt.

Die BRD-Juristen haben 1945 sämtliche **s a t a n i s c h e** Technologien von den NSDAP-Juristen geerbt und zur Sklaverei perfektioniert. Seit D-Day waschen die Alliierten ihre Hände in Unschuld: „An das Deutsche Volk!“ [...leider seid ihr global die einzigen Träger des **Selbstbestimmungsrechts**: BVerfG 77, 137] [Ihr **müßt** eure Selbstorganisation eigenhändig umsetzen! Alle Kräfte werden gegen euch sein und sogar noch Gesellschaftsterror erzeugen: Beamte, BRD, Verfassungsschutz, Medien-CIA, BND, UNO, Militär.]

ICH wiederhole hier an dieser Stelle die obige Satzaussage von Angela Merkel am 27. April 2018 im weißen Haus:

“Diese Zeit der Nachkriegsordnung ist zu Ende. Sie ist mehr als 70 Jahre her oder [...] und wir müssen auch als Deutsche lernen. Mehr Verantwortung zu übernehmen.”

A stellt unstrittig, daß die von der Alliierten Militärregierung erzeugte **öffentliche Ordnung** seit 17.07.1990 23:59:59 Uhr umfasst:

- a. Art. 23 GG: Das **Gebiet der Selbstverwaltungen** BRD + DDR ist weggefallen. Alliierte halten die Firmen BRD + DDR besetzt. Der deutsche Heimatboden ist nicht länger besetzt. **Ab 18.07.1990 0:00 Uhr ist SDR 1918, das Staatliche Deutsche Recht im Rechtsstand 27.10.1918, gültig.**
- b. Art. 20.1 GG: Die BRD + DDR sind im ausländischen Handelsregister **am 17.07.1990 gelöscht**. Der Bundesstaat ist mit ca. 600 Mrd. Schulden in Insolvenz untergegangen. Kein Deutscher haftet.
- c. **Art. 20.1 GG: Seit 18.07.1990 0:00 Uhr ist das SDR 1918 gültig. Das Grundgesetz leistet den Rechtsrahmen für das Internierungslager BRD, und zwar für alle Staatsbediensteten mit Treueeid und für alle mit Personalausweis, wobei die einzige Tür das Indigenat gemäss 116.1 Hs.1 GG ist.**
- d. Art. 28.3 GG: Bund & Länder haben von 23.05.1949 bis 17.07.1990 zu keinem Zeitpunkt freie, gleiche und geheime Wahlen gewährleistet. Sämtliche BRD-Subunternehmen sind **seit 17.07.1990 in Insolvenz**. **Seit 18.07.1990 0:00 Uhr ist SDR 1918 gültig. d.h. die Gesetze für Insolvenz von BRD + DDR und Neugründung von BRD' + DDR' (sic!) sind ausschliesslich im HGB 1897 geregelt.**
- e. Art. 123 GG: Seit 18.07.1990 ist das SDR 1918 das einzig gültige Recht auf **deutschem Heimatboden**. Wer meint, im fiktionalen Seerecht auf hoher See treibend den gesetzlosen Pirat spielen zu dürfen, wird bald enteignet: Notstandsgesetz EO 13818 vom 21.12.2017.
- f. Art. 139 GG: Die Regeln der Alliierten Militärregierung gelten bis das Deutsche Volk mit der

An jP ohne Grundrechtsberechtigung (A): **OB Erik O. Schulz, Stadt Hagen, Rathausstr. 11, 58095 Hagen**

ihm mit Art. 20 Abs. 1, 2 GG und 1.2, 1.3 GG auferlegten **Selbstverwaltung** die verfassungsmässige Ordnung hergestellt hat. **Die Entnazifizierung für die gesetzlosen Beamten ist im Gesetz 104 geregelt. Die SHAEF Gesetze und Besatzervorbehalte liefern ihnen so lange die Regeln, bis diese wieder das Recht suchen und das SDR 1918 als das einzig gültige deutsche Recht anwenden.**

A stellt unstreitig, dass **Weimarer Republik, Partei NSDAP, BRD+DDR** etc. die Rechtsfähigkeit nie erlangt haben, wobei jede Weltanschauungs- oder Religionsgesellschaft diese nur im Wege der Reichsgesetze gemäss Ausführungsgesetz vom Bundesstaat erlangen konnte. [Art. 84 EGBGB 1896]

Seit 18.07.1990 lassen sich Beamte erpressen, das Recht nicht zu suchen und anzuwenden

Die NSDAP wurde mit Proklamation Nr.1, AHK Gesetz 30.11.1945 und Gesetz 104 05.03.1946 verboten. Das Anwenden der NSDAP Statuten aus der Zeit 05.03.1933 - 08.05.1945 und der abgeleiteten BRD Statuten hat die Alliierte Militärregierung kraft Oberbefehl verboten. Trotzdem steigen alle Beamte mit der verbotenen NSDAP ZPO durch die Hintertür in die Gesetzeswerke ein: ohne Name, ohne Staat und ohne Legitimation, warum? **Sie plündern dem Deutschen dessen HJR 192 Schadloshaltung-Versicherung.**

Herrn/Frau in der Empfängerzeile ist der Titel, der von der NSDAP seit 1933 für die Zwangspersonifikation genutzt wird. Mit dem Titel gefolgt von den Kriegsnamen aus dem Plagiat Geburtsurkunde leiten Sie die Zwangspersonifikation ein. Das ist ein schweres Kriegsverbrechen und wird gem. SHAEF 1.102 bestraft.

BRD - Der Tiefe Staat: [16 Mio. Bedienstete, davon 1,6 Mio. Beamte, verwalten das DEUTSCH Rheinwiesenlager]

1944 Eisenhower: Beamte sind seit 1933 keine Menschen - Beamte sind NSDAP Rechtsverbrecher.

1946 SHAEF Gesetz 104: **Beamte mit Gelbem Schein** sind die NSDAP Kriegsverbrecher der Kategorie I und II.

1947 Tillessen-Urteil: Deutsche Gerichte dürfen NSDAP-Statuten aus 05.03.1933-08.05.1945 nicht anwenden.

1952 BVerfG 1 BvR 147/1952: **Beamte sind Reichsbürger ohne Hoheitsrechte.**

1983 BVerfG 2 BvR 315/83 und BGH: Es ist verboten, den Menschen als Objekt / juristische Person zu behandeln.

1987 BVerfG 77, 137: Das Deutsche Volk ist seit 16.04.1871 (Verfassung des deutschen Kaiserreiches) --- **Träger des Selbstbestimmungsrechts.** ---

1991 BVerfG 1 BvR 1341/1990 Der 2+4 Einigungsvertrag zur Herstellung der Einheit D ist nichtig.

1999 BVerfG 2 BvR 729/1996: **Jeder muss selbst Personenstand ab Geburt und Staatsangehörigkeit erklären.**

2012 BVerfG 2 BvE 9/2011: Jeder Rechtsakt ist wegen Fehlen des gesetzlichen Gesetzgebers nichtig.

2012 BVerfG: Verfahren mit Offizialdelikten der Exekutive sind von Amts wegen an das BVerfG abzugeben.

2013 Papst im Bundestag: Die Beamten sind eine Räuberbande, die dem Menschen das Recht stehlen.

2015 BVerfG 1 BvR 1766/2015: **Beamte sind Reichsbürger, besitzen Grundrechte und Menschenrechte nicht.**

An jP ohne Grundrechtsberechtigung (A): **OB Erik O. Schulz, Stadt Hagen, Rathausstr. 11, 58095 Hagen**

A stellt unstreitig, dass A sich nach dem morgendlichen Aufwachen bewußt ist, nur einen rechtlosen Sachkörper zu verkörpern, der im Dienst dem Indigenat-Deutschen B dienen muss:

Indigenat-Deutscher (* in 1/26 Bundesstaat) vs. NSDAP-Deutscher, Beamter [§ 38 BeamtStG]

- Ein Beamter kann einen Schaden als Mensch nicht geltend machen, insbesondere keinen Schaden, der im StGB beginnt mit „**Wer einen Menschen...**“ [Beleidigung, Nötigung, Erpressung, etc.]
- Ein Beamter mit Diensteid auf das GG ist ganzjährig im Dienst, wobei er zu keiner Sekunde in der **Rechtsstellung Mensch** ist. [besitzt Amtsausweis nicht; Art. 33.4 GG; § 38 BeamtStG]
- Juristische Personen gem. §§ 20-146 GG im öffentlichen Dienst oder mit öffentlichen Aufgaben können **Grundrechte** für Menschen grundsätzlich nicht beanspruchen. [BVerfG 1 BvR 1766/2015]
- Seit 18.07.1990 0:00 Uhr führen alle Beamte den Krieg auf deutschem Heimatboden fort, **halten den mit Art. 23 GG freigegebenen Heimatboden besetzt** und **vergewaltigen** sämtliche Aufenthaltende.
- Seit 18.07.1990 0:00 Uhr erpressen alle Beamte mit verbotenen In-sich-Geschäften die Bewohner, ignorieren deren Eingaben und geben sich gegenseitig Deckung durch **Strafvereitelung** im Amt.

A stellt unstreitig, daß A die im Sicherungsvertrag gesetzte Frist für eine Strafanzeige zu „**Wer einen Menschen ...schädigt**“ versäumt hat, wobei A die Rechtsstellung Mensch nicht besitzt.

Die BRD-Justiz betreibt NSDAP-Personifikation zwecks Plünderung der HJR 192 Konten

Gesellschaftsterror wegen Strohmankonto: Seit 1933 vergewaltigt die Justiz die Deutschen über die Zwangspersonifikation. **Die Dienstherrn bedienen sich heimlich an der Versicherung HJR 192, die dem Menschen die Schadloshaltung gewährleistet. Und damit dieser seine Versicherung nicht beansprucht, soll die Polizei jeden vergewaltigen.** Seit 80 Jahren hält sich die organisierte Regierungskriminalität wegen Rechtdurchbrechung ...weil **Sie** mit jedem Rechtsakt Mittäter sind und Strafvereitelung im Amt erfüllen.

Versicherung HJR 192 für Indigenat-Deutsche

Weil 1933 alle souveränen Staaten der UPU 1907 von Kriegstreibern und FED in die Insolvenz gezwungen wurden und ohne goldgedeckte Währung sind, kann der Mensch seine Schulden niemals zurückzahlen. Für alle Menschen wurde die **HJR 192 Versicherung** erschaffen: In D wird parallel zur deutschen Lebendurkunde „Geburtsregisterauszug“, das ungesetzliche Wertpapier „Geburtsurkunde“ (**743/1958 = Q**) erzeugt. Aus Rufnamen und Familiennamen erdichtet der Standesbeamte den Kriegsnamen, der die Sachbezeichnung vom Strohmankonto ist. **Der indigene Verfügungsberechtigte registriert seine gesetzliche natürliche Person mit dem gesetzlichen Namen bei der weltweiten Treuhand IRS und erhält alle Ausgaben und Schulden fast bedingungslos von seinem HJR 192 Konto, hier mit Sozialvers.-Nr. 51 160458 E 005 = Q, erstattet.**

Beamte haben 1 Ziel: Das Strohmankonto zu plündern und an der Börse zu handeln.

Mit Kriegsnamen betreiben alle BRD Beamten die orchestrierte Regierungskriminalität. Beamte kennen seit 18.07.1990 0:00 Uhr nur ein Ziel: Die **HJR 192 Versicherung** zu plündern und ihre Einkünfte zu sichern. Sie kennen den Begünstigten B ganz genau: Es ist die gesetzliche natürliche Person aus dem Geburtsfall, der die Versicherungsbeträge aus der Schadloshaltung-Versicherung HJR 192 zustehen.

Beamte vergewaltigen 100+ Mio. ungesetzliche natürliche Personen 'DEUTSCH'. Den GAAP

An jP ohne Grundrechtsberechtigung (A): **OB Erik O. Schulz, Stadt Hagen, Rathausstr. 11, 58095 Hagen**

Investoren gaukeln sie vor, es haften die natürlichen Personen. www.SEC.gov Börse unterstützt **Bilanzbetrug** im 51. US-Besatzungsgebiet durch Handel mit der Plagiat Obligation DEUTSCH. Der Handel mit Staatsanleihen basiert auf Bilanzen von Bund & Länder, BRD mit 666+ Subunternehmen, sowie Gemeinden, die gem. SOX wegen der Herkunftsländer der bilanzverlängernden Buchwerte eskalierend zu verifizieren sind.

Wie verhalten sich die Beamten? Sie ignorieren statt zu dienen. Sie wollen nicht einmal die militärische Sprengkraft der Anklage wegen **Offizialdelikten** wahrhaben. Dabei ist jeder Beamte längst in Werkverträgen (**Polizei in Constellis Holding** unter neuem Aufgabenbereich) gebunden.

Beamte mit Diensteid auf das Grundgesetz: Das GG gelte nicht - nur Ihre Dienstvorschriften!

In deren Kopf scheint ein Irrglaube eingepflanzt zu sein. BRD + DDR wurden am 17.07.1990 im Handelsregister gelöscht. Was bedeutet das? Um exakt 23:59:59 Uhr sind alle Verträge und Ausweise erloschen und der Insolvenzverwalter muss die Insolvenz nach dem gültigem SDR 1918 abwickeln.

Alle Bundesgesetze sind ungültig. Das haben Sie doch schon in drei BVerfG-Urteilen wegen dem Fehlen des gesetzlichen Gesetzgebers gelesen. Was muss passieren, damit Sie dem BVerfG Folge leisten?

Sie studieren höchstrichterliche Urteile und wissen was gilt. Was immer Sie abweichend glauben, ist ein Fake derer, die die organisierte Regierungskriminalität betreiben und denen Sie gewissenlos folgen.

Beamte mit öffentlichen Aufgaben unterliegen auch im Krieg dem öffentlichen Recht im Indigenat

Sie, der Sie nur wegen dem Diensteid mit öffentlichen Aufgaben betraut sind, sind in der gesellschaftlich schwächsten Position: **Sie sind 100% rechtlos, weil sie die besondere Auszeichnung als Reichsbürger besitzen: Personalausweis oder Gelber Schein.** Willig exekutieren Sie die Handlungsempfehlungen, mit der Sie ihr Dienstherr erpresst. Seit die Staatshaftung aufgehoben ist, wissen Sie, was Sie vorsätzlich tun.

Sie sind der Diener derer, die im Grundrecht 1-19 GG gesetzt sind: Mensch, Deutscher. Sie sind nicht der Diener der juristischen Personen gemäss Grundgesetz 20-146 GG. Es ist Ihre ranghöchste Pflicht, Ihr Gegenüber einzuordnen in entweder 116.1 Hs. 1 GG oder in 116.1 Hs. 2 GG. Insofern Sie das nicht im Schlaf beherrschen, ja nicht einmal ansatzweise erklären können, ist ihre Position absolut fehlbesetzt.

Es sind Beamte, die den 100-jährigen Krieg führen – Krieg ist Privatsache

Nach 100 Jahren des Gesellschaftsterrors durch Beamte wurde durch Sicherungsverträge im Recht der Verträge eine Energieumleitung erschaffen. Ihr, in das Hoheitsgebiet eindringendes Ereignis, wird 100%-ig, exakt so wie Sie es wünschen, unter einer einzigen Bedingung für Wert angenommen:

Urkundenauslieferung.

Als Status-Beamter unterliegen Sie dem Kontraktionszwang. Jedes Ereignis, das Sie in den im deutschen Heimatboden verankerten Briefkasten (Landrecht) von B einwerfen, schließt automatisch einen Vertrag gemäss der veröffentlichten AGB. Die Sicherungsverträge arbeiten mit

An jP ohne Grundrechtsberechtigung (A): OB Erik O. Schulz, Stadt Hagen, Rathausstr. 11, 58095 Hagen

den Mechanismen, die Sie selbst auch anwenden. Diesmal dürfen Sie erleben, was Beamte seit 100 Jahren mit ihren Mitmenschen machen.

Die Vergabe des Aktenzeichens in Ihrem Unternehmen ist bereits erfüllte Strafreitelung. Und Sie sind Mittäter. Mit Kontoeröffnung von Aktenzeichen haben Sie es unterlassen, den Treugeber aus der dem Straftatbestände-Sicherungsvertrag (IRS-Formular) beiliegenden Vollmacht um dessen Unterzeichnung zu bitten.

Art. 116.1 GG bestimmt die Jurisdiktion – Beamte sind für Indigenat-Deutsche nicht zuständig

Der Treuhänder Q hat im laufenden Verfahren angezeigt, daß das von A adressierte BRD-Personal verstorben ist. Alle bisher sich im Kettengeschäft Eingeschalteten (A) hat Q in die Haftung genommen. Der **Formwechsel** von der ungesetzlichen in die gesetzliche natürliche Person und der **Niederlassungswechsel** an den Wohnsitz im Bundesstaat Deutsches Reich erfolgte am o.g. Sterbetag. Das hatten Sie aufgrund Sicherungsvertrag [V04 AGB, Prinzipal-Agent-Regel] und wegen Ihren verbotenen In-Sich-Geschäften innerhalb des BRD Personalverbandes wissen müssen. [§ 181 BGB 1896]

Mit dem Formwechsel besitzt der Begünstigte B von Geburt an die Rechtsstellung Indigenat-Deutscher. Die Anordnungen zu 'Personalstatus inaktiv' hat der 1. Bürgermeister mit Unterlassung bedient. Ihr Blick in die Stammdaten von B beweist, welche Authentizität die dt. Lebendurkunde Urk.Nr. **743/1985** dem gesetzlichen B gewährt. **Zwingend mussten Sie dem echten B mit der Herausgabe Ihres Az. die IRS Formulare vorlegen.**

Private Kartelle mißbrauchen das Treuhandsystem

- Ein erzeugtes Aktenzeichen ist das Eigentum dessen, der dem Aktenzeichen zugeordnet ist
- Die Erzeugung des Aktenzeichens bedarf dessen Einwilligung
- Ohne diese Genehmigung ist das Identitätsdiebstahl
- Mit der Erstellung dieses Aktenzeichens, wird ein zusätzliches Treuhandkonto eröffnet
- Dieses Treuhandkonto muß bei der IRS, bei der amerikanischen Steuerbehörde, gemeldet werden
- Ist das nicht der Fall, handelt es sich um Steuerhinterziehung
- Um das zu verhindern, müßte man sich selber anzeigen, um nicht wegen Steuerbetruges belangt zu werden
- Folglich sollte man gar nicht erst erlauben, daß ein Akten- oder Geschäftszeichen erzeugt werden kann
- Leistungszuordnungen sind separat zu entscheiden
- Richtig hinterfragt: Für jeden Finanztransfer ist unsere Einwilligung erforderlich, weil alles auf ein Treuhandsystem aufgebaut ist!

UPU 1907, PostG 1914, PostO 1915: Verträge sind einzuhalten (pacta sant servunda). Jeder Briefkasten in D ist im Landrecht verankert und nicht geflutet (Seerecht). Sie stellen unstreitig, daß Sie ein NSDAP-Deutscher ohne Name, Wohnsitz, Real-Örtlichkeit und Rechtsfähigkeit sind, und Empfängermerkmale gebrauchen, die das allein gültige Landrecht und die Rechte von Indigenat-Deutschen strafbewährt verletzen, wobei Sie für sämtliche Folgen des erfüllten Vertragsbruchs durch IRS Identitätsdiebstahl und IRS Steuerbetrug haften (Erzeugen von Akten.- und Geschäftszeichen, ohne meine Einwilligung und ohne zur Verfügungstellung der Formulare 1096 und 1099-OID, in Folge oktroyierter kriminalisierung durch angedichtete Steuerhinterziehung, ohne mein Wissen, da Akten.- und Geschäftszeichen, von Ihnen bei der IRS nicht gemeldet!)

An jP ohne Grundrechtsberechtigung (A): **OB Erik O. Schulz, Stadt Hagen, Rathausstr. 11, 58095 Hagen**

Urkundenauslieferung: Jeder muß für seinen Rechtsakt die Urkundenauslieferung gemäß UPU Postal Services, IRS und AGB leisten. Briefträger und Mittäter im Kettengeschäft tragen die materielle Beweislast für die wirksame Bekanntgabe der Sendung. Das Hörensagen des Auftraggebers ersetzt Ihren Nachweis nicht. Sie sind Agent der US Corp. und persönlich haftender Kreditor vom Avalkredit. Sie müssen die Formulare IRS 4490, 1096 und 1099-OID online abrufen und fristgerecht an den o.g. Treuhänder senden, ansonsten Sie unstreitig stellen, daß Sie die Straftatbestände der o.g. Officialdelikte erfüllt haben.

Anklage wegen Officialdelikten - Der Richter zieht die gesamte Justiz in die Gesamthaftung

A stellt unstreitig, daß A und jeder im Kettengeschäft die Treuhanderschaft für den Kriegsnamen auf der Geburtsurkunde vom vorhergehenden Eingeschalteten übertragen bekommen hat, wobei der jeweilige Rechtsnachfolger bereits mit Vergabe Aktenzeichen die **Strafvereitelung im Amt** erfüllt.

A stellt unstreitig, daß jede Urkunde die Schriftform nicht erfüllt, insofern Vor- und Familiennamen unter der Unterschrift nicht ausgeschrieben sind oder diese nicht mit vollem Namen unterschrieben ist, wobei **jeder Richter vorsätzlich** das gesamte mitwirkende Justizpersonal in die Gesamthaftung hineinzieht [BGH II ZR 101/2005; oder was glauben Sie, was die fehlende Unterschrift bedeutet?]

A stellt unstreitig, daß B die **Rechtsweggarantie** gem. Art. 19.4 GG beansprucht und sich auf Grund der Rechtsstellung Indigenat-Deutscher nur staatlichen Gerichten unterwirft, wobei jede Entscheidung eines nicht-staatlichen Gerichts à priori nichtig ist, und bei einem eingeleiteten oder beendeten Verfahren, von Amts wegen der gesetzlichen Revision zum BVerfG unterliegt.

A stellt unstreitig, daß die vom Richter zu gewährende Rechtsweggarantie [19.4 GG] das **Prozessrecht** [ZPO, StPO, ~~VwGO~~, ArbGG, GVG etc.] bezüglich Auslegung und Anwendung gemäss der auf deutschem Heimatboden gültigen Jurisdiktionen leisten muß, wobei alle im SDR 1918 gewährten subjektiven Rechte in den gerichtlichen Verfahren tatsächlich zur Geltung kommen müssen.

Indigenat-Deutscher ist Verfügungsgläubiger - unterliegt VwVfG mit VwGO nicht

Der bevollmächtigte Treuhänder Q zeigt Ihnen mit Anlage Vollmacht an, daß diese die anwaltliche Prozessvollmacht für jedes beliebige Gerichtsverfahren umfasst. Somit hat das Gericht bzw. die Behörde seine **Zuständigkeit** zu beweisen, die für die Rechtsstellung Deutscher gemäß 116.1 Halbsatz 1 GG gesetzt ist. Der Begünstigte B lehnt sich mit dem Urkundenbeweis Geburtsregisterauszug Urk.Nr. **743/1958** gelassen zurück. Es sind die Beamten, die den Treueid auf 116.1 Halbsatz 1 GG geschworen haben.

ICH wiederhole:

“Diese Zeit der Nachkriegsordnung ist zu Ende. Sie ist mehr als 70 Jahre her oder [...] und wir müssen auch als Deutsche lernen mehr Verantwortung zu übernehmen.”

Das BRD Personal bleibt verstorben – eine Frist ist nicht angelaufen

A stellt unstreitig, daß A durch AGB verbotene Rechtsvermutungen und Zuweisungen betreibt und offenkundig niemand im Kettengeschäft eine wirksame Willenserklärung abgegeben hat:

1. Aufforderung zur Darstellung der Rechtsgrundlage: Die Urkundenauslieferung je A ist zwingend.
2. Jeder Sich-Einschaltende (A) will unbedingt Indigenat-Deutsche gem. 116.1 Hs. 1 GG nicht erkennen.

An jP ohne Grundrechtsberechtigung (A): **OB Erik O. Schulz, Stadt Hagen, Rathausstr. 11, 58095 Hagen**

3. Die Anklage wegen Officialdelikten sind anhängig gegen jeden Beamten und Sich-Einschaltenden.
4. Der Treuhänder Q gebraucht die **B e s c h w e r d e** wegen Formfehlern und Officialdelikten.
5. Jeder Sich-Einschaltende erfüllt Postbetrug, Treuhandbruch, Eidbruch und IRS Steuerbetrug.
6. Eine Frist resultierend aus der Arbeit der bisher Sich-Einschaltenden, ist per dato nicht angelaufen.
7. Ein BRD Bankrott-Gericht ist nicht zuständig: Revision an BVerfG wegen 19.4 GG von Amts wegen.

A stellt unstreitig, daß das In-Sich-Geschäft der Amtspersonen mit Personalausweis gesetzlich verboten ist, wobei die vorinstanzliche Behörde deren Scheingeschäft mit dem Schein-Instrument der Rechtsmittelbelehrung auf Ihr Unternehmen als Rechtsnachfolger übertragen hat.

Die rechtdurchbrechenden Beamten und ihre Oberlüge „Justiz ist für die Menschen da.“

A stellt unstreitig, daß A alle **Grundrechte** Art. 1-19 GG vom Treugeber B, also dem Beschwerdeführer und Indigenat-Deutschen, verletzt, der die Vollmacht für den Treuhänder Q autographiert hat.

A stellt unstreitig, daß hiermit die AUFFORDERUNG an das sich einschaltende Gericht und den **Richter** wiederholt wird, seine Zuständigkeit, Jurisdiktion und Regeln zu beweisen.

A stellt unstreitig, daß der hier vorliegende Treuhand-Sicherungsvertrag und jeder andere Sicherungsvertrag in **Bankrott- oder Ausnahme-Gerichten** der BRD nicht entlastet werden kann.

A stellt unstreitig, daß die Forderung von A hiermit wegen **Presentmentfehlern** der antragenden bzw. Anzeigerstattenden Person zurückgewiesen ist, wobei diese Person wiederholt ihre beurkundete Identifikation und den nachvollziehbaren Beweis ihrer Autorität nicht fristgerecht geleistet hat.

A stellt unstreitig, daß der Rechtsakt von A mit der Abgabe in den Rechtsverkehr nichtig ist, insofern A die für das Aktenzeichen notwendige Freigabesignatur vom B auf dem **IRS-Formular** fehlt.

A stellt unstreitig, daß der Avalkredit von A an B im Wert der Ansprüche im Rechtsakt von A das verdeckte Rechtsgeschäft gemäss der anderweitigen gesetzlichen Regelung im SDR 1918 ist:

Wird durch ein **Scheingeschäft** (A an B) ein anderes Rechtsgeschäft verdeckt, so finden die für das verdeckte Rechtsgeschäft geltenden Vorschriften Anwendung. [§ 118 BGB 1896]

Abmahnung: Die Gründe der Internierung sind fortgefallen [132 GG]

- Einlassung über den Kriegsnamen ist gemäß AGB ausgeschlossen.
- Die natürliche Person vom Unterzeichner unterliegt dem Staatlichen Deutschen Recht.
- Es ist unstreitig, daß Ihre Person die Rechtsfähigkeit nicht besitzt.
- Die Entnazifizierung verpflichtend nach SHAEF Gesetz 104 wurde nicht geleistet.
- Es ist unstreitig, daß Sie den Rechtsstatus NSDAP-treuer Reichsbürger [PStG 1937] besitzen
- Urteil „Krieg ist Privatsache“: Sie renazifizieren ihre Gemeindemitglieder. [BGHR 3 StR 49/16]
- Es werden NSDAP-Straftaten gegen die Grundrechte der Indigenat-Deutschen [116.1 GG 1.Hs.] geleistet
- Alle vorstaatlichen Register sind durch Privatvertrag mit dem Landrat monetarisiert.

An jP ohne Grundrechtsberechtigung (A): OB Erik O. Schulz, Stadt Hagen, Rathausstr. 11, 58095 Hagen

- Alle Neugeborenen werden versklavt durch Eintrag ins SHAEF-verbotene Geburtenregister.
- Das Denunzieren von Unschuldigen als Reichsbürger ist ein Kriegsverbrechen. [SHAEF 102]
- Die Zwangspersonifikation aller Menschen ist ein schweres Kriegsverbrechen. [SHAEF 102]
- Das Anwenden der heimlich neuverkündeten NSDAP-Statuten erfüllt Angriffskrieg. [Art.13 VStGB]
- Es ist unstrittig, Initialtäter für das Vernichten der Existenzgrundlage der Menschen zu sein.
- Es wird den Indigenat-Deutschen die Versicherung gegen bürgerlichen Tod. [HJR 192] vorenthalten.
- Das Versenden der Wahlbenachrichtigungen zur Wahl des korruptiven Bundestags ist Hochverrat.
- Es ist unstrittig, fortlaufend bei organisierter Regierungskriminalität mitzuwirken [Nachbrief].
- Sie verletzen die Obhutspflicht für den hilfeschuchenden Indigenat-Deutschen. [§ 221 StGB] wird verletzt (siehe auch Neukoordinierung des Treuhandverhältnis in 2005).

Alliierte Militärregierung: Kriegszustand seit 01.08.1914 – gültig ist Kriegsgesetz 04.08.1914

ICH BIN „jörg“, das Erdenkind aus Geburtsfall „Urk.Nr. 743/1958“, und beanspruche alle Grundrechte.

Das ist die ranghöchste Erklärung, mit der ein Souverän mit Vorzeigen GeburtsregisterNr. die Grundrechte durchsetzt. Das dreimalige Wiederholen ohne Einlassung stoppt die erpressenden BRD Amtsträger. Das Verinnerlichen dauert seine Zeit, weil 100 Jahre Besatzerregime den Deutschen unfassbare satanische Hindernisse zum Mensch-Sein auferlegt haben: Ausschliesslich der Rufname® ist der Name des Erdenkindes. Nur der leibliche Mensch hat das Namensgebungsrecht, nicht die juristische Person Standesbeamter. Veröffentlicht wird der Geburtsfall und der gewidmete Rufname® nur im Landrecht im einzig gültigen Geburtsregister (DR-PStG 1875). Das Plagiat im Seerecht heißt Geburtenregister (PStG 1937). Deshalb hat das Deutsche Volk, so die Reden ab 1875, den Geburtsfall gemäß der Maxime registriert:

Spitzenleistung der Deutschen → Nichts steht zwischen dem Erdenkind und dem Allerhöchsten.

Religionen zerreißen die Herzen

Der Deutsche war stolz, daß das Landrecht gültig ist, er fühlte den Heimatboden (Art. 43 HLKO 1910). Die Gründerväter vom ewigen Bund haben vom 01.04.1794 bis 27.10.1918 ethische Arbeit geleistet. Sie haben in jedem der 26 Bundesstaaten das Landrecht patentiert (ALR 1794), damit auf deutschem Heimatboden das Sklaven-Seerecht nicht gültig ist. Ein für alle Mal soll der Vatikan (Luther: „Das Haus Satans“) ausgeschlossen sein. Deshalb ist nur das SDR 1918 gültig, wobei das Deutsche Volk ein Vermögenssystem mit Gottbezug erschaffen hat, das zum Schuldsystem des Vatikans mit seinem Gott Baal gegensätzlich wirkt.

GeburtsregisterNr. + Staatsangehörigkeitsausweis SDR + Entnazifizierung → Indigenat-Deutscher mit Militärschutz

Das Motiv des Kalten Herzens

Bereits mit Abgabe des Rechtsakts in den Rechtsverkehr erfüllen Amtspersonen 100+ Straftatbestände. Mit orchestriertem Vorgehen erlebt der Angegriffene den bürgerlichen Tod. **Würden sie die staatlichen Gesetze anwenden, wäre die verfassungsmäßige Ordnung gegeben.** Dann aber wird BRD-Abweichtlern Haus und Familie durch ihre verbildeten Amtskollegen

An jP ohne Grundrechtsberechtigung (A): **OB Erik O. Schulz, Stadt Hagen, Rathausstr. 11, 58095 Hagen**

genommen. Hinter der systematischen Vernichtung der Deutschen steckt der Hooton-Plan. Der ködert alle Amtspersonen mit ungedecktem Giralgeld. Und das Milgram Experiment 'deutsch' erzeugt das Motiv des Kalten Herzens: Gewissenlos folgen sämtliche Amtspersonen Gesetzen ohne Gesetzgeber und Befehlen ohne Haftenden.

Das Herz erinnert sich nicht: Wer bin ich?

Auf deutschem Heimatboden ist nur der Registerauszug mit der GeburtsregisterNr. in der 1. Zeile gültig, mit Rufname, aber ohne Familienname. Geburtsurkunden zeigen tote Objekte, NSDAP-Avatare, registriert im Geburtsregister gemäß SHAEF-verbotenem PStG 1937. Laut Palandt 1938 sind es NSDAP-Sklaven. Damit es keiner merkt, liegt nur dem 1. Antrag auf Personal-Ausweis die Geburtsurkunde bei. Eigenhändig bindet der junge Mensch seine Lebensschaffenskraft an dieses Plagiat. Sodann haftet er für alles, was sich die Amtspersonen des BRD-Schuldsystems einfallen lassen. Und das sind Verbrechen mit jedem Rechtsakt, sie werden ja gut bezahlt dafür. Und damit der Eingeborene nie Mitglied seiner Heimat wird, soll er noch das Plagiat Gelber Schein für 25,- beantragen. Klar, die gewissenlosen Anwerber („nur keine Sorge, jeder Richter hat ihn“) machen gutes Geld damit, andere in der Sklaverei zu halten.

Zitat 1920: Wer hat uns verraten? Die Sozialdemokraten.

Als Eisenhower am 12.09.1944 den deutschen Boden betrat, hat er bereits verfügt wie er feststellen will, ob ein Aufenthaltender ein Indigenat-Deutscher oder NSDAP-Sklave ist: durch Entnazifizierung. Ohne Nachweis gemäß Gesetz 104 vom 05.03.1946 kann er das nicht unterscheiden. Denn der Kriegszustand seit 01.08.1914 erfordert, daß jeder Staatenlose den Personalausweis mitführen muss. Denen hat er die deutsche Staatsangehörigkeit 1934 angedichtet: 'deutsch'. Jeden im Besitz der Geburtsurkunde will er ausbeuten, wie im Befehl SHAEF 52 1b) verfügt. Nur dem Indigenat-Deutschen mit der Staatsangehörigkeit gemäß RuStAG 1913 ausgestellt in einem Bundesstaat Baden, Bayern, Sachsen, Preußen etc. will er Schutz durch die Mächte der Alliierten Militärregierung in Berlin gewähren.

Die Achse des Bösen: **Anwalt → Richter → Urkundsbeamter → Gerichtsvollzieher → Polizei**

A stellt unstreitig, daß A zuerst sich selbst durch Kriegsnamen kriminalisiert und sodann B zwangspersonifiziert, wobei A doch "nur den Befehl ausführt" damit sein Dienstherr die HJR 192 Versicherung des B von der IRS stiehlt. **Seit Eisenhower ist es offenkundig, daß die Beamten seit 1933 alle in die grausamen NSDAP-Statuten ziehen, gewissenlos erpressen und gefühlkalt exekutieren.** Unter Eidbruch schauspielert heutzutage jede Amtsperson den NSDAP-Reichsbürger und zerstört täglich zig Familien.

WICHTIG: Mit Zugang dieses Treuhandsicherungsvertrags haftet jeder Anbieter ab Abgabe in den Rechtsverkehr

Seit Widerruf von Personalausweis und ggfs. Gelbem Schein haftet der leibliche Mensch (B) hinter dem Treuhänder nicht mehr für den Kriegsnamen (nom de guerres) auf BRD Plagiaten. Es haftet seitdem in jedem Rechtsakt der Anbieter, der im In-Sich-Geschäft BRD-Verband den NSDAP-Kriegsnamen für seine **Zwangspersonifikation** [eine Geistesgestörtheit beim Anbieter] gebraucht. Jeder Anbieter haftet für die Forderungen im verbotenen Avalkredit-Kettengeschäft gesamtschuldnerisch mit seinem Privatvermögen.

Bekanntmachung im Besatzerregime BRD

Das für die Anmeldung der neuen Rechtsform oder des Rechtsträgers der neuen Rechtsform zuständige Gericht, hat die Eintragung der neuen Rechtsform oder des Rechtsträgers der neuen

An jP ohne Grundrechtsberechtigung (A): OB Erik O. Schulz, Stadt Hagen, Rathausstr. 11, 58095 Hagen

Rechtsform gemäß dem gesetzlichen Handelsgesetzbuch ihrem ganzen Inhalt nach bekannt zu machen.

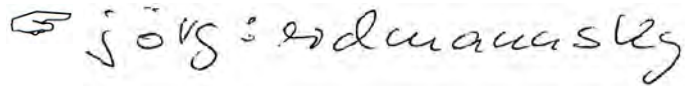
Beurkundung des Personalstatus inaktiv

Der Gesellschafterbeschluss wird durch die Identitäten gefasst, die dem Gesellschafter **Jörg Erdmannsky** in der Gestalt des Menschen innewohnen und das Organ Gesellschafterversammlung bilden. Der Umwandlungsbeschluss wird nachstehend von sämtlichen hier am Gesellschafterbeschluss mitwirkenden Identitäten einstimmig beschlossen, beglaubigt und durch Daumensiegel beurkundet:

- **im biblischen Rechtskreis** durch die originären Rechtsträger in der Gestalt des Menschen, dem jemand die Hand auf die Schulter legen kann:



jörg® + Daumensiegel rot
Lebendgeborenes Erdenkind aus dem Geburtsfall, dem Schöpfer- und Naturgesetz unterworfen
- Erbreehtfolger auf dt. Heimatboden: Indigenat
- Heimat/Bodenrecht im Bundesstaat Kraft Geburt



jörg: erdmannsky®
Gläubiger mit Gottbezug im Lex Naturalis, Geschäftsherr ist Begünstigter und Trust Executor
- der die von ihm erzeugten Personen steuert
- macht selbst absolute keine Geschäfte: Unantastbar

- **im Rechtskreis der Besatzerregime** durch die formwechselnden Rechtsträger (NSDAP-Deutscher ohne Name und ohne Rechte) als der eine (der 1) Anteilshaber am Gesellschafter:

Leiblicher Vater/Mutter weisen Geburtsfall an **743/1958 jörg (geb. erdmannsky)**®

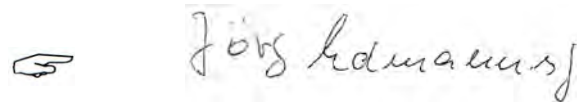
Eltern-gewidmeter Rufname in Geburtsanzeige
Für Mensch in bürgerlicher Gesellschaft § 1 ALR
- vom Standesamt im Geburtsregister registriert
- Novum: Deutsche registrieren nur den Geburtsfall

Bürgermeister registriert † Handelsware **Jörg Erdmannsky (743/1958)**®

Als totgedachter Mutterkuchen mit Geburtsname
Mit Sachbezeichnung statt Name eingetragen
- vom Standesamt im Geburtsregister registriert
- Plagiat: Der Bürgermeister verantwortet Sklaverei

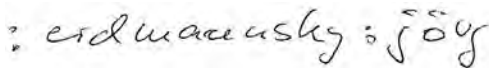
Die Geburtsurkunde wird für Wert akzeptiert

Jörg Erdmannsky (743/1958)®
(Schein-), Natürliche Person ist Sklave"
Gemäss PStG 1937 und Palandt zu § 1 BGB 1938
- Beschwerde HSV an Geb.- Standesamt
- Pflicht zur Bekanntmachung Personalstatus inaktiv

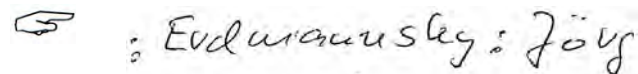


JÖRG ERDMANNSKY (743/1958)® (ohne PA)
Juristische Person ist Firma und BRD Personal
Gemäss PersAuswG das an Geburtsurkunde bindet
- Widerruf HSV an OB: † Sklave
- seit **3. September 2018** inaktiv

- **im Rechtskreis des staatlichen deutschen Rechts** durch die Rechtsträger neuer Rechtsform (Indigenat-Deutscher mit Name und Rechten) als der eine (der 1) Anteilshaber am Gesellschafter:



:erdmannsky: jörg®
Gesetzliche Natürliche Person im SDR 1918
Gemäss DR-PStG 1875 i.V.m. § 1 BGB 1896
- im BRD-Verband vertreten durch Treuhänder
- Wohnsitz Kraft Domizilwille in der Gemeinde



:Erdmannsky: Jörg®
Gesetzlicher Kaufmann im SDR 1918
Gemäss § 17 HGB 1897 i.V.m § 1 BGB 1896
- im BRD-Verband vertreten durch Treuhänder
- Ausland BRD Menschen im Inland nicht erkennbar

An jP ohne Grundrechtsberechtigung (A): OB Erik O. Schulz, Stadt Hagen, Rathausstr. 11, 58095 Hagen

im Rechtskreis des Rechts der Verträge wird die Gesellschafterversammlung geschlossen mit der separaten Vorsorgevollmacht, in der gewisse Rechte der Natürlichen Person im SDR 1918 als Geschäftsbesorgungsauftrag an einen vom Geschäftsherrn erzeugten Treuhänder übertragen sind:

: erdmanski : jörg

: erdmanski :, jörg® Treuhänder: Autonomer Kaufmann für das Recht der Verträge

Ohne Obligo [● im Landrecht §§ Einl. 1, 39-446, 82, 89 ALR; ● im Seerecht UCC 1-103, 1-308. 3-501]

Autograph: Alle Rechte vorbehalten. Besitzt Vollmacht der Natürlichen Person zu Geburtsfall Urk. Nr. 743/1958

Mensch + Person im Landrecht §§ Einl 1, 23-25, 39-46, 76, 82, 89 ALR, Deutscher mit Staatsangehörigkeit Preußen

Personalstatus inaktiv = geschützter Personenkreis

Epilog: Viele Bereiche sind bereits zentralisiert: Justiz (IACA), öffentliche Polizei (Constellis Holding), Bankwesen (Weltbank > BRICS), Steuerbehörde (IRS), treuhänderische Kollateralverwaltung (Department of the Treasury). Alle unterliegen einer Kosten-Nutzen Rechnung. Alle diese Entitäten sind steuer.- und versicherungspflichtig.

Die Alliierten haften gegenüber der IRS für Treuhandbetrug, Steuerbetrug und Geldwäsche im Besatzungsgebiet. Sollten diese Unregelmäßigkeiten weiter beobachtet werden, muß immer wieder der IRS eingeschaltet werden (u.a. Formular f3949-A). Die Menschen (nicht nur auf deutschem Boden) befinden sich in der Position von Schutzbefohlenen.

Fristerfüllung zur Anordnung: _____

Mein Ahnennachweis und mein Affidavit als RuStAG Deutscher vor 1913, geboren als preußischer Staatsangehöriger (Geburtsrecht und überlebender Nachkriegsflüchtling), ist untrennbarer Bestandteil dieses Treuhandsicherungsvertrages. Dort wird auch die Herkunft des Familiennamen jörg: erdmanski erklärt, trotz Führung des Namen Jörg Erdmannsky, durch das Kriegs.- und Besatzungsgebiet „Bundesrepublik Deutschland“, welches es mit dem Tillesen Urteil vom 6. Januar 1947 in Rastatt und anderen Ereignisse nach dem 23. Mai 1949, niemals geben konnte und wir nach dem 17.07.1990 bis heute und mit diesem Treuhandsicherungsvertrag nachvollziehen können und niemals etwas anderes gewesen ist, als eine Treuhandverwaltungsgesellschaft, mit einer seit 2005 verschärften Neukoordinierung, zum Schutz der unter Kriegsrecht stehenden 26 indigenen Völkern, in ihren völkerrechtlich bestehenden Bundesstaaten.

j-ö-r-g aus dem Stamm erdmanski © (Mensch - Mann)

Jörg E r d m a n n s k y (Geschäftsherr)

jörg: erdmanski © (Verwalter)

HERR JÖRG ERDMANNSKY (juristische Person)

Weitere Quellen:

Ahnennachweis unter: <http://www.geratop.de/Ahnennachweis.pdf>

Produkthaftung für die juristische Person: <http://www.geratop.de/Produkthaftung-für-die-JP.pdf>

Promissory Note: Der Bericht, was die fortgeführte NS Ideologie mit meinem Körper gemacht hat und der unmittelbare Zugriff auf meine Kollateralwerte: <http://www.geratop.de/Promissory-Note.pdf>

Alle Informationen um den Treuhandsicherungsvertrag und Hintergründe: <http://www.das-ende-dessen.de>